

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Mehr Medienvielfalt

Der amerikanische Präsident hat den Medien den Krieg erklärt, er bezeichnet sie als «Feinde des amerikanischen Volks». Gibt es gute Gründe, den Medien zu misstrauen, oder sind die Medien wichtiger denn je, um Lügen aufzudecken? Wie sieht die Situation in der Schweiz aus? Fragen über Fragen. Gemäss verschiedenen Erhebungen nehmen sich 31 Prozent der Mediennutzer in der Schweiz nur wenig Zeit, um sich über das Weltgeschehen zu informieren. Und wenn sie es tun, nutzen sie Gratisangebote oder Social-Media-Kanäle.

Bei dieser grössten Nutzergruppe überhaupt handelt es sich vor allem um junge Erwachsene unter 30 Jahren. Höhere Bildungsabschlüsse sind bei dieser Gruppe eher selten.

Die Gratiskultur im Medienbereich und in Social Media verschärft gemäss Studien diesen Trend noch. Millionenfach können hier Lügen verbreitet und gelikt werden. Erstaunlich ist, dass Social Media in der Schweiz bereits für fast einen Viertel (22 Prozent) der 18- bis 24-Jährigen die Hauptquelle für News sind. Dies verschafft den Anbietern einerseits eine zusätzliche Reichweite; gleichzeitig verlieren sie dabei teilweise die Kontrolle über die Weiterverbreitung ihrer Beiträge. Auf der gegenüberliegenden Seite des Spektrums finden sich gemäss der Forschungsstudie die «Intensivnutzer», welche auf mehrere Zeitungen und Onlineprodukte zurückgreifen. Zu ihnen zählen gemäss Studie tendenziell eher Männer mit hohem Bildungsgrad. Diese Gruppe wird seit 2009 kleiner – sie macht nur noch 11 Prozent des Publikums aus. Diese Entwicklung führt zu einer schwierigen Finanzierungslage des Informationsjournalismus. Über die Hälfte der Schweizer Medienkonsumenten bezahlt bereits heute nichts mehr für Zeitungen. Und im Online-Bereich liegt die Zahlungsbereitschaft mit 10 Prozent noch tiefer.

Kein Wunder, dass auch aufgrund des Kostendruckes und der grossen Konkurrenz die Qualität der Medien sinkt. Andererseits ist die heutige enorme Medienvielfalt ebenfalls der Digitalisierung zu verdanken. Insbesondere in Anbetracht der grossen Vielfalt und der unterschiedlichen Qualität der Medien gilt es, Gelesenes zu reflektieren. Besonders Blogs sind mit Vorsicht zu geniessen, in denen sich jede Person einbringen kann. Dies gilt es, auch der jungen Generation beizubringen. Für die SVP ist klar; es braucht die Schaffung von wettbewerbsfreundlichen Rahmenbedingungen, um die Qualität und Medienvielfalt zu erhalten. Letztlich gilt es, alle Medien zu hinterfragen und sich zu überlegen, was in Social Media gelikt und weiterverbreitet wird. Nur so kommt man auf dem Weg zur Wahrheit ein Stück weiter. Wettbewerb, Neutralität und Eigenverantwortung haben uns seit jeher stark gemacht.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Bau- und Zonenordnung wird konkret

Nach eineinhalb Jahren debattenreicher Kommissionsarbeit wurde im Frühling 2016 der Regionale Richtplan (RP) und vor den Sommerferien des gleichen Jahres die Bau- und Zonenordnung (BZO) im Gemeinderat behandelt. Die Schlussabstimmung über die BZO fand dann letzten Herbst statt.



Peter Schick
Gemeinderat
Vize-Fraktionschef SVP

Der Richtplan und die Bau- und Zonenordnung einer Gemeinde sollen alle 15 bis 20 Jahre angepasst werden. Die Entwicklung einer Gemeinde und damit der Bevölkerungszuwachs, Verkehr, Infrastrukturbauten wie Strassen, Schulhäuser, öffentlicher Verkehr etc., ändern sich.

Der Richtplan soll langfristig den notwendigen Platz schaffen. Der Gemeinderat hat dazu über 150 Anträge eingereicht. Diese beinhalteten – wie immer in dieser links-grünen Stadt – neue Tram- und Buslinien, Velostrassen und Wege und sogenannte Pocket-Parks zur Kühlung des Stadtklimas.

Massives Wachstum erwartet

Gemäss Prognosen sollen in den nächsten 15 Jahren über 80 000 Personen neu in die Stadt ziehen. Nur mit diesen Anliegen kann das zusätzliche Bevölkerungswachstum nicht aufgenommen werden. Wer denkt, dass sich all die neuen Zuzüger mit dem öffentlichen Verkehr, mit Velos oder zu Fuss fortbewegen, glaubt wohl an den Storch. Von einer Grundsatzdebatte, wie das zusätzliche Bevölkerungswachstum auf den Strassen aufgenommen werden kann oder muss, war man meilenweit entfernt. In dieser Debatte wurde alles getan, um das Verkehrsmittel Auto als Sündenbock hinzustellen.

Von einer Gleichbehandlung, wie das die linke Ratsseite bei anderen Themen immer wieder fordert, sah man nichts. Die SVP hat den Richtplan abgelehnt. Hinter einem Richtplan, welcher nur rot-grünen Ideologien frönt, kann die SVP nicht stehen. Masseneinwanderung in die Stadt und gleichzeitig mehr Grünflächen, das kann nicht funktionieren. Was jetzt neu im Richtplan steht, gibt einem ein mulmiges Gefühl.

NEIN ZUM ENERGIEGESETZ

Gewerbefeindliches Energiegesetz

Dieses Gesetz schadet unserem Gewerbe und der ganzen Bevölkerung. Die grossen Firmen betrifft es nicht. Weil in unserem Land aber 80 Prozent des Volkseinkommens durch das Gewerbe (KMU) erwirtschaftet werden, ist das Energiegesetz ein volkswirtschaftlicher Totalschaden.



Johann Widmer
SVP Zürich 10

Praktisch in jedem Artikel des Energiegesetzes wird eine Geld-Umverteilung legitimiert. Durch überbeuerte, nicht marktgerechte Energiepreise wird eine grosse Kasse gespeist. Diese gesetzlich verordneten sogenannten «Lenkungsabgaben» lenken viel Geld in diese Kasse. Statt sinnvolle, eigenverantwortliche und freiwillige Energie-Sparanstrengungen jedes Einzelnen sollen mit dieser Gesetzesvorlage Zwangsmassnahmen durchgesetzt werden. Diese Preisspirale schadet dem einzelnen Bürger und dem lokalen Gewerbe mehr, als sie nützt.

Schaden für das lokale Gewerbe

Dieses autoritäre Vorgehen beschert uns nicht nur höhere Energiekosten, sondern auch alle anderen Güter wer-

Über 79 Anträge

Zur Bau- und Zonenordnung wurden 79 Anträge eingereicht. Die meisten waren rein kosmetischer Natur und bringen zu brennenden Fragen wie der Verdichtung der Stadt rein gar nichts. Im Endeffekt bringen diese mehr Gesetzesartikel und Bürokratie. Das dient dem Bauen und der Problemlösung überhaupt nicht. Die Baugesetze, in diesem Falle eine BZO, müssen einfach, verständlich und mit den wichtigsten Eckdaten versehen sein, sodass man in relativ kurzer Zeit auch auf Veränderungen reagieren kann. Mit der BZO 99 fuhr die Stadt bis jetzt gut. Es herrschte ein richtiger Bauboom in Zürich. Grünflächen, Bäume und Erholungsräume wurden nicht weniger, sondern mehr. Dies ganz ohne zusätzliche Vorschriften.

Wenn sich namhafte potenzielle Immobilienentwickler überlegen, ob sie überhaupt noch in der Stadt investieren wollen, sind das sehr laute Alarmglocken. Baubewilligungen sollen unbürokratisch und zügig erteilt werden, forderte die SVP in der Debatte.

Das wirkliche Verdichten und in welchen Gebieten es geschehen soll, wurde nicht gross angesprochen. Es wurden keine Lösungen präsentiert. Der BZO stimmte die SVP schlussendlich zähneknirschend zu.

Links dominierte Stadt

In den nächsten Jahren werden einige Themen die Stadt Zürich beschäftigen; eine davon ist die von der links-grünen Ratsseite verlangte Mehrwertabschöpfung auf planerische Mehrwerte. Hier wird natürlich das Maximum gefordert. Die Verdichtungsgebiete, die Grün- und Freiräume und preisgünstiger Wohnraum. Diese Themen werden mit dem kommunalen Richtplan in den nächsten 2 bis 3 Jahren behandelt.

Die weitergehende Masseneinwanderung in die Stadt wird auch in Zukunft sehr viel Geld kosten. So muss unter anderem in mehrere neue Schulhäuser und in das jetzt schon ausgereizte ÖV-Netz investiert werden. Die

den teurer, und zwar aus folgendem Grund: Die Gesteungskosten der lokalen Produkte werden durch höhere Energiekosten grösser, das treibt die Produktpreise in die Höhe und das lokale Gewerbe wird dadurch noch weniger konkurrenzfähig. Als Konsequenz wäre es wenig verwunderlich, wenn noch mehr Leute in den Nachbarländern einkaufen würden. Denselben Politikern, die dieses Gesetz gestaltet haben, könnte zur Lösung dieses Problems in den Sinn kommen, die Benzinspreise in die Höhe zu schrauben, um solche Fahrten zu verhindern. Die Erfahrung aus vergleichbaren Fällen zeigt, dass Mehreinnahmen des Staates, wie sie aus den vorgeschlagenen Massnahmen des Energiegesetzes resultieren werden, vorwiegend an wenige spezialisierte Firmen in Form von Subventionen ausgeschüttet werden.

Solche staatlich subventionierten Dienstleistungen und Projekte verzerren den Wettbewerb. Das lokale Gewerbe hat das Nachsehen und den Schaden. Ich stimme daher gegen dieses asoziale Gesetz.

SVP-PAROLEN

Volksabstimmung vom 21. Juni 2017

Vorlagen Stadt Zürich

1. Wohnbauaktion 2017, Rahmenkredit von 90 Millionen Franken	NEIN
2. Gegenvorschlag des Gemeinderats zur «Volksinitiative für den Schutz und die Förderung von Grün- und Freiräumen» (Grünstadt-Initiative)	NEIN
3. Verein Tanzhaus Zürich, jährliche Beiträge von maximal 1827 166 Franken ab 2019	NEIN

Leute müssen befördert werden. Dies dürfte wieder auf Kosten des MIV gehen. Dabei sollen doch alle Verkehrsträger ihrem Teil leisten. Weniger Autos wird es nicht geben. Möglicherweise etwas mehr E-Fahrzeuge. Die brauchen bekanntlich auch ihren Platz.

Bei einem Thema handelt die links-grüne Regierung stets sehr schnell und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Es ist dies beim Kauf von Liegenschaften. Diese werden dann umgenutzt in preisgünstigen Wohnraum oder werden weiter vermietet an die AOZ. So wird Wohnraum von der breiten Mittelschicht fern gehalten. Es profitiert nur eine bestimmte Bevölkerungsklientel in der Stadt. Die grosse Mehrheit geht leer aus und muss selber nach bezahlbarem

Wohnraum Ausschau halten. Wohin ein staatlich gefördertes Wohnbauprogramm führt, kann man am Beispiel der Stadt Genf sehen. Der Wohnungsmarkt wurde zerstört.

Es lassen sich keine Investoren finden, ausser der Stadt selber, welche bereit sind, zu investieren. Zürich ist ebenfalls auf dem besten Wege dahin. Die SVP wird sich dafür einsetzen, dass es nicht soweit kommen wird.



Milliarden-Beschiss am Mittelstand!

Informieren Sie sich an unseren Standaktionen

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Am 21. Mai 2017 stimmen Sie unter anderem über das Energiegesetz ab. Die SVP empfiehlt Ihnen, bei dieser eidgenössischen Vorlage ein NEIN in die Urnen zu legen. Die genauen Gründe erfahren Sie an den Standaktionen, an welchen Sie die Mandatsträger und aktiven Mitglieder der SVP gerne empfangen. Aus der untenstehenden Aufstellung ersehen Sie die Details zu den einzelnen Aktionen. Wir freuen uns, Sie persönlich begrüssen zu dürfen.

Kreis	Quartier	Datum	Zeit	Standort
1/2	Wollishofen	Sa. 29.04.2017	09 – 12 h	Morgental
		Sa. 06.05.2017	09 – 12 h	Morgental
3	Alt-Wiedikon	Sa. 29.04.2017	10 – 12 h	Schmiede Wiedik.
		Sa. 06.05.2017	10 – 12 h	Goldbrunnenplatz
		Sa. 13.05.2017	10 – 12 h	Albisriederplatz
4/5	Langstrasse	Sa. 29.04.2017	10 – 12 h	Wengistrasse
		Sa. 06.05.2017	10 – 12 h	Stauffacher
6	Unterstrass	Sa. 06.05.2017	09.30 – 11.30 h	Schaffhauserplatz
		Sa. 13.05.2017	09.30 – 11.30 h	Schaffhauserplatz
		Sa. 20.05.2017	09.30 – 11.30 h	Rigiplatz
7/8	Witikon	Sa. 29.04.2017	10 – 12 h	Einkaufszentrum
		Sa. 13.05.2017	10 – 12 h	Kreuzplatz
		Sa. 20.05.2017	10 – 12 h	Höschgasse
9	Albisrieden	Sa. 29.04.2017	09 – 11 h	Coop A-Park
		Sa. 06.05.2017	09 – 11 h	Lindenplatz
		Sa. 20.05.2017	09 – 11 h	Coop A-Park
10	Wipkingen	Sa. 29.04.2017	10 – 11.30 h	Röschbachplatz
		Sa. 06.05.2017	10 – 11.30 h	Kappenbühlstrasse
		Sa. 13.05.2017	10 – 11.30 h	Röschbachplatz
		Sa. 20.05.2017	10 – 11.30 h	Kappenbühlstrasse
11	Seebach	Sa. 29.04.2017	09 – 12 h	Schaffhauserstr.465
		Sa. 06.05.2017	09 – 12 h	Marktplatz
		Sa. 20.05.2017	09 – 12 h	Zehntenhausplatz
12	Schwamendingen	Sa. 29.04.2017	09 – 12 h	bei Migros
		Sa. 06.05.2017	09 – 12 h	bei Migros
		Sa. 13.05.2017	09 – 12 h	bei Migros



Für eine sichere Zukunft in Freiheit!